Erwartungen des
Gemeinde- und Städtebundes
Rheinland-Pfalz an die
Landesregierung in der
19. Wahlperiode

GStB
Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz

Entlasten! Stärken! Vertrauen!

Die kommunale Ebene ist das Fundament der Demokratie. Bürgerinnen und Bürger begegnen dem Staat in erster Linie in ihrer Stadt und Gemeinde. Sie erleben vor Ort marode Schulen, unzureichende Verkehrswege oder eine handlungsunfähige Kommunalpolitik. Wenn in den Gemeinden und Städten nicht mehr ansatzweise das Notwendigste geleistet werden kann, drohen Vertrauensverlust, Politikverdrossenheit und gesellschaftliche Spannungen. Das gilt es zu verhindern.

Die Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz erwarten von der Landesregierung in der 19. Wahlperiode ein klares, verlässliches und dauerhaft wirksames Bekenntnis zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Dieses Bekenntnis muss sich in konkreten Maßnahmen und einer nachhaltigen finanziellen Ausstattung niederschlagen. Die Kommunen müssen ihre Aufgaben solide erfüllen können – ohne ständige Neuverschuldung und unter Wahrung kommunaler Handlungsspielräume, auch bei freiwilligen Leistungen wie Kultur, Sport, Ehrenamt oder Jugendhilfe.

Die vom Bund und Land bereitgestellten Mittel, insbesondere aus dem Sondervermögen und der 600-Millionen-Euro Soforthilfe, eröffnen neue Spielräume. Diese Chancen müssen an die kommunale Ebene weitergegeben werden. Die Kommunen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – sie erwarten aber Lösungen, keine Versprechungen.

Kommunen ohne Handlungsspielräume

Neustart bei den Kommunal-Finanzen

1

Kommunen stärken und vertrauen!

Starke kommunale Selbstverwaltung braucht eine verlässliche finanzielle Basis.

- Der kommunale Finanzausgleich muss so ausgestaltet werden, dass Städte und Gemeinden ihre Pflichtaufgaben erfüllen und zugleich freiwillige Leistungen – etwa in den Bereichen Kultur, Ehrenamt, Sport oder Jugendhilfe – dauerhaft sichern können.
- Ziel ist eine langfristige Investitionsfähigkeit ohne neue Schulden.
- Eine nachhaltige Finanzausstattung bedeutet zudem auch eine kritische Betrachtung der Ausgabenseite. Leistungsgesetze müssen tabulos überprüft und die verschiedenen Programme auf ihre Kongruenz und Effizienz betrachtet werden. Hierzu gehört auch die eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Leistungsempfänger.
- Das System der Finanzierung der Fluchtaufnahme durch die Kommunen im Landesaufnahmegesetz ist zu reformieren. Unverzichtbar sind zudem eigene Mittel für die Integration.

Erwartungen des
Gemeinde- und Städtebundes
Rheinland-Pfalz an die
Landesregierung in der
19. Wahlperiode

Ehrenamtliches Engagement versus Verwaltung

Investitionen ermöglichen und beschleunigen

2

Kommunen stärken und vertrauen!

Selbst die beste Finanzausstattung nützt nichts, wenn die Mittel nicht investiert werden können und die Verwaltungen nicht entsprechend handlungsfähig sind.

- Unverzichtbar ist die Entlastung des kommunalen Ehrenamtes. Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, auch in Zeiten des Fachkräftemangels die Ortsgemeinden bei der politischen Gestaltung, Planung und Durchführung von Maßnahmen zu unterstützen. Dazu gehören Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass die rheinland-pfälzischen Verwaltungen im Wettbewerb mit Nachbarländern und Bundesbehörden Personal finden und binden können. Es müssen aber auch die Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt gestärkt werden. Erforderlich ist ein gesetzlicher Anspruch auf pauschalierte Freistellung.
- Verwaltungsdigitalisierung und IT-Sicherheit sind der Schlüssel für eine handlungsfähige Verwaltung. Die Digitalisierung muss verbindlich, schrittweise und realistisch umgesetzt werden. Wir fordern einen Stufenplan zur vollständigen Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen. IT-Sicherheit muss von Anfang an mitgedacht, rechtlich geregelt und finanziell abgesichert sein. Kleinere Kommunen benötigen gezielte Unterstützungsangebote, personell wie technisch.
- Vergaberecht praxistauglich und effizient weiterentwickeln, ohne die Rechtssicherheit zu gefährden. Anhebung der Wertgrenzen bei öffentlichen Vergaben. Zulassung digitaler Verfahren, z.B. Angebotseinholung per E-Mail.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen digitalisiert und entschlackt werden.
- Kommunen brauchen langfristige Finanzierungszusagen für zentrale Investitionsprojekte anstelle kurzfristiger, überbürokratisierter Förderprogramme.

Sicherheitsbedürfnis in unsicheren Zeiten

Zeitenwende in Katastrophenschutz und zivil-militärischer Zusammenarbeit

3

Kommunen stärken und vertrauen!

Die wachsenden Herausforderungen – Hochwasser, Pandemien, Blackout, Cyberangriffe – erfordern einen modernen Bevölkerungsschutz. Notwendig sind:

- Verbindliche, flächendeckende Katastrophenschutzkonzepte.
- Regelmäßige Übungen unter Beteiligung aller Ebenen.
- Auskömmliche Finanzierung von Vorsorgemaßnahmen (Notstromversorgung, Hochwasserschutz, Cyberabwehr).
- Stärkung der Feuerwehren bei Ausbildung und Ausstattung.
- Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit mit Bundeswehr, THW und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- Klare Führungs- und Entscheidungsstrukturen im Krisenfall.

Erwartungen des
Gemeinde- und Städtebundes
Rheinland-Pfalz an die
Landesregierung in der
19. Wahlperiode

Zu viel Bürokratie lähmt Wirtschaft und Verwaltung

Kommunen entlasten, Bürokratieabbau verbindlich gestalten

4

Kommunen entlasten!

Verschlankte, effizient organisierte und abgestimmte Abläufe stärken den kommunalen Verantwortlichen den Rücken.

- Angestoßene Programme zum Bürokratie- und Standardabbau müssen fortgeführt und weiterentwickelt werden.
- Verzicht auf Goldplating bei der Umsetzung von EU- oder Bundesrecht.
- Wegfall von wiederkehrenden Antragspflichten.
- Das Förderwesen ist zu reformieren:
  - Die Landesförderung muss gebündelt, transparent und kommunalfreundlich gestaltet werden.
  - Vereinheitlichung von Förderkulissen zur Verbesserung der Transparenz und zum Abbau von Doppelstrukturen.
  - Vergabe nach einheitlichen, einfachen und unbürokratischen Grundsätzen.
  - Digitalisierungspflicht im Zuwendungsrecht und Optimierung digitaler Antragsverfahren.
  - Reduzierung von Berichts- und Nachweispflichten, längere Förderzyklen.
  - Einführung eines kommunalen Förderbudgets für hauptamtlich geführte Kommunen.
  - Mehr Pauschalierungen, mehr Vertrauen, weniger Kontrollen. Verwaltungsarbeit braucht Ermöglichung, keine Misstrauenskultur.
- Begrenzung des Informationszugangsrechts durch Schärfung des Missbrauchstatbestandes.

Mehr kommunale Selbstverwaltung wagen!

Die Gemeinden, Städte und Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz haben in zahlreichen weiteren essentiellen Bereichen eine zentrale Rolle inne. Sowohl der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, die Klimawandelanpassung und Umsetzung der Energiewende oder die Aufnahme und Integration von Geflüchteten kann nur mit und nicht gegen die Kommunen erfolgreich realisiert werden. Wenn die Grundsätze „Vertrauen, Stärkung und Entlastung“ konsequent umgesetzt werden, wird es gelingen, diese wichtigen Zukunftsthemen adäquat zu realisieren. Wer Demokratie und Zusammenhalt stärken will, muss mehr kommunale Selbstverwaltung wagen!

Impressum
Herausgeber: Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz e. V.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Moritz Petry
Deutschhausplatz 1, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31/23 98-0, Fax: 0 61 31/23 98-139
E-Mail: info@gstbrp.de, www.gstb-rlp.de

GStB
Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz